

Eingebracht durch den Landesparteivorstand.

Investieren statt Blockieren: Wir kämpfen für ein besseres Oberösterreich

Oberösterreich steht vor großen Herausforderungen. Es geht um die Zukunftschancen der Kinder, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die beste Betreuung, wenn jemand Pflege braucht oder krank wird, um die Freiheit sich klimaschonend von A nach B bewegen zu können genauso wie um das Grundrecht auf leistbaren Wohnraum. All das sind Herausforderungen, die wir heute angehen müssen, damit Oberösterreich auch 2030 ein guter Ort ist, um ein selbstbestimmtes Leben mit gerechten Chancen für alle, ohne Furcht vor Ausgrenzung und Not, führen zu können.

Die schwarz-blaue Landesregierung ignoriert diese Herausforderungen. Dem Landeshauptmann ist ein ausgeglichenes Budget wichtiger als die Zukunft der Menschen im Land. Die oberösterreichische Sozialdemokratie steht für einen anderen Kurs: Uns geht es darum das Leben der Menschen besser, leichter, sorgenfreier zu machen.

Die Politik hat die Aufgabe auf große Veränderungen in der Gesellschaft rechtzeitig zu reagieren, um den Wandel aktiv im Sinne der gerechten Lebenschancen der Bürgerinnen und Bürger zu gestalten. Deshalb ist auch für ExpertInnen wie Wirtschaftsforscher Marcel Fratzscher, einer der führenden deutschen Ökonomen, klar: „Es braucht in den kommenden Jahren einen Fokus auf öffentliche Investitionen. Das gilt für alle Länder und Regionen Europas. In Zeiten, in denen es viele Herausforderungen gibt, um unsere Gesellschaft zukunftsfest zu machen, brauchen wir eine Investitionsoffensive und kein Festhalten an der schwarzen Null und der Schuldenbremse.“ Denn nur mit klugen Investitionen in die Zukunft können wir die Herausforderungen in der Pflege, der Kinderbetreuung und im öffentlichen Verkehr bewältigen.

Die blinde Sparpolitik des Landeshauptmanns lässt keinen Spielraum für die notwendigen Investitionen in die Zukunft unseres Landes. Er parkt mehr als 300 Millionen Euro in Unternehmen des Landes, anstatt konkrete Maßnahmen für die Lebensqualität der Menschen in Oberösterreich zu setzen. Geld ist also vorhanden. Klar ist, um große Herausforderungen zu lösen, muss rechtzeitig gehandelt werden und jetzt ist der richtige Zeitpunkt dafür.

- Die Zinsen sind niedrig, noch nie waren Investitionen in die Zukunft des Landes so billig zu haben.
- Die Zeichen stehen auf eine weitere Eintrübung der Konjunktur. Das ist der richtige Zeitpunkt für kluge öffentliche Investitionen, um der Wirtschaft die nötigen Impulse zu geben.
- Denn wenn den Menschen mehr Geld zum Leben bleibt, zum Beispiel durch niedrigere Mieten und kostenlose Kinderbetreuung, steigt die Kaufkraft. Und das stärkt den Wirtschaftsstandort Österreich.

Es geht um die Lebensbedingungen der Menschen in Oberösterreich, um die beste Betreuung für die Kleinsten genauso wie um würdevolle Pflege für die, die sie brauchen. Es geht um die Zukunft unseres Planeten, wenn wir heute die für das Klima so wichtige Verkehrswende einläuten wollen. Um diese lebenswerte Zukunft für die nächsten Generationen zu sichern und die Lebensbedingungen in Oberösterreich entscheidend zu verbessern, müssen wir investieren statt blockieren!

Investieren statt blockieren heißt für uns:

- Landesumlage abschaffen - Gemeinden stärken statt aushungern. Über 450 Millionen Euro schwer wiegen die Zahlungen der Gemeinden in das Landesbudget, um des Landeshauptmanns schwarze Null zu sichern. Deshalb bleibt den Gemeinden kein Spielraum für die Stärkung der Infrastruktur vor Ort, den Ausbau der Kinderbetreuung oder der Pflege.
- Ein familienfreundliches, flächendeckendes und kostenloses Kinderbetreuungsangebot mit den nötigen Krabbelstuben, Kindergärten und Horten, der besten Betreuung durch pädagogische Fachkräfte und Öffnungszeiten, die echte Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen.
- Ein massiver Ausbau des öffentlichen Verkehrs und die Elektrifizierung aller Nebenbahnen. Öffentlicher Verkehr ist die Zukunft, der Ausbau der Bahn das Herzstück für mehr Bewegungsfreiheit in Oberösterreich.

Investieren statt blockieren: Kinderbetreuung: Ganztägig, ganzjährig, gratis!

Wer Kinderbetreuung nur als Kostenfaktor sieht, der hat deren Bedeutung nicht verstanden. Eltern hingegen wissen, was gute Krabbelstuben und Kindergärten an Positivem für die Entwicklung ihrer Kinder leisten.

Auch die Sozialpartner treten seit Jahren einig für den Ausbau der Elementarpädagogik ein. Warum? Weil die Arbeiterkammer das Leben der Familien erleichtern und die Bildungschancen der Kinder verbessern will. Und weil die Wirtschaftskammer und die Industriellenvereinigung zusätzliche Fachkräfte wollen – einerseits aus dem Kreis der Eltern und andererseits auf Perspektive durch altersgerechte Entwicklung der Kinder. Finanziell stellt sich die Kinderbetreuung außerdem völlig anders dar, als auf den ersten Blick vermutet: Sie ist kein belastender Kostenfaktor, sondern eine hochrentable Investition, wie eine Studie der Universität Linz beweist:

Tabelle: Investitionen in Kinderbetreuung und deren Rentabilität

Investition/Maßnahme	Input (Kosten)	Output (Wertschöpfung)
VIF-konforme Plätze	1	30
Verbesserung Betreuungsschlüssel	1	6
Verbesserung Ausbildung	1	7
Alle 3 Maßnahmen gemeinsam	1	8

Quelle:

Wahlfreiheit statt Bestrafung

Bei der Kinderbetreuung hinkt Oberösterreich seit vielen Jahren hinterher. Blickt man auf die Fakten gibt es keinen Ausbau, sondern sogar Rückschritte. In 43 Gemeinden sind die Öffnungszeiten um mehr als eine halbe Stunde am Tag gekürzt worden. Auch der Landesrechnungshof hat nachgewiesen, dass der Förderanteil des Landes bei der Kinderbetreuung seit Jahren abnimmt. Die

Gemeinden müssen immer mehr aus der eigenen Tasche zahlen. Weil aber das Land den Gemeinden viel mehr Geld wegnimmt, als diese über Landesförderungen zurückbekommen, kommt es in der Praxis zu großen Problemen. Die Einführung der Nachmittagsgebühren haben Haberlander und Stelzer zum Anlass genommen, die Fördergelder radikal zu kürzen und die Randzeitenförderung gänzlich zu streichen.

Die Öffnungszeiten sind aber nicht die einzige „Baustelle“ bei der Kinderbetreuung im Land. Es gibt auch enormen Bedarf beim Ausbau der Krabbelstuben und der Sanierung/Renovierung/Neuerrichtung von Kindergärten. Noch immer ist unser Bundesland vorletzter im Bundesländervergleich bei den Krabbelstubenplätzen. Um für Familien in Oberösterreich bessere Kleinkinderbetreuung anbieten zu können, müssen wir jetzt in die Zukunft unserer Kinder investieren.

Für die beste Kinderbetreuung fordern wir:

- Ausbau der Qualität der Kinderbetreuung mit mehr Fachkräften im vorschulischen Bereich. Der Slogan „No child left behind“ kann nicht verwirklicht werden, solange in Kinderbetreuungseinrichtungen nicht genügend Zeit übrig ist, Kinder umfassend zu begleiten. Kleinere Gruppen und mehr Personal für die gezielte Förderung von Kindern sind unabdingbar. Derzeit kommt eine PädagogIn mit einer Hilfskraft auf 23 Kindern. Mit einem ErzieherInnen Schlüssel von 1:10 wie es international Standard ist investieren wir in gerechte Bildungschancen in Oberösterreich
- Oberstes Ziel der Kindergärten muss sein, allen Kindern mit Eintritt in die Schule die gleichen Chancen zu garantieren. Deshalb fordern wir den kostenfreien Kindergarten in ganz Oberösterreich.
- Ausbau der Kinderbetreuungsangebote bis zum 6. Lebensjahr entsprechend der Barcelona Ziele und der Kriterien für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf (VIF). Wir wollen den Kindergarten für alle: Ganztägig, ganzjährig und gratis!
- Als ersten Schritt fordern wir die Verdoppelung des Krabbelstuben-Investitionsbudgets. Das Kindergarten-Investitionsbudget soll zumindest um 10% erhöht werden. Das Land darf in dieser wichtigen Frage die Gemeinden nicht weiter aushungern.

Optimale Gesundheitsversorgung und Pflege der Zukunft sind möglich, wenn wir jetzt investieren!

Es geht uns gut in Oberösterreich. Wir alle werden älter und die geburtenstarken Jahrgänge aus der Baby Boomer Generation gehen nach und nach in den Ruhestand. Sichere Pensionen garantieren einen Lebensabend in Zufriedenheit. Doch der demographische Wandel bringt eine große soziale und gesellschaftliche Herausforderung mit sich: Der Bedarf an Pflegeangeboten wird immer größer.

Von derzeit 80.000 Pflegebedürftigen in Oberösterreich wird die Zahl auf voraussichtlich 126.000 bis zum Jahr 2040 steigen. Es ist also höchste Zeit zu investieren, anstatt zu blockieren, denn wenn wir jetzt nicht investieren, wird uns das Problem überrollen. Dabei ist klar, dass nicht eine einzelne Maßnahme das Problem lösen kann. Es müssen viele Schrauben gedreht werden, um unser Pflegesystem für die Zukunft zu rüsten.

Unser Ziel ist es allen die Pflege zukommen zu lassen, die sie brauchen. Es geht darum den Pflegebedürftigen ein Altern in Würde zu sichern, und zwar unabhängig vom Einkommen. Es geht aber auch darum, für die Menschen, die in der Pflege arbeiten die entsprechende Wertschätzung

sowohl bei der Entlohnung als auch bei den Arbeitsbedingungen zu sichern. Um diese Vorhaben zu finanzieren braucht es einen fairen Beitrag der Super-Reichen in Form von Erbschafts- und Vermögenssteuern ab einer Million Euro.

Versorgungssicherheit schafft Lebensqualität

Wer krank wird geht zum Arzt. Doch wenn die Hausarztstelle in der Gemeinde unbesetzt ist, ist ein Kraftakt nötig bis man die Versorgung bekommt, die man braucht. Das Thema der Hausärzte ist nur ein Beispiel für die verfehlte Gesundheitspolitik von Schwarz und Blau in Oberösterreich. Der Mangel bei den Ärzten zeigt sich nicht nur im niedergelassenen Bereich, sondern auch in den oberösterreichischen Krankenanstalten, wo immer mehr Überstunden beim ärztlichen Personal und den Pflegekräften anfallen. Gleichzeitig sind die Gehälter für Beschäftigte im oberösterreichischen Gesundheitswesen niedriger als in Nachbarbundesländer. Das führt gemeinsam mit der zu geringen Zahl an Ausbildungsplätzen zu Personalmangel und Wartezeiten für die PatientInnen.

Die Verschlechterung in der Versorgungsqualität ging mit Kostensteigerungen von mehr als 35 % in 9 Jahren einher – das oberösterreichische Gesundheitssystem braucht dringend mehr Transparenz in der Verwaltung, bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne für die Beschäftigten und damit eine bessere Versorgung der Bevölkerung. Das muss drinnen sein.

Kurzsichtige Kassenreform

Die Zusammenlegung der Krankenkassen zur Österreichischen Gesundheitskasse ist ein Paradebeispiel für Missmanagement unter schwarz-blau. Nicht nur, dass alle Versprechungen zum Einsparungspotential glatte Lügen waren – statt der versprochenen PatientInnenmilliarde ist jetzt schon die Rede davon, dass der Gürtel enger geschnallt und Leistungen gekürzt werden müssen – sondern auch die demokratische Mitbestimmung der Versicherten wurde beschnitten. Wo vorher in der Selbstverwaltung ArbeitnehmerInnen, die die Mehrheit der Versicherten ausmachen auch entsprechend die Mehrheit der VertreterInnen in den Gremien stellten, herrscht nun Gleichstand zwischen ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnenvertretern. Das widerspricht den demokratischen Prinzipien der Selbstverwaltung und muss rasch korrigiert werden. Denn wer einzahlt, um die Leistungen in Anspruch nehmen zu können, soll auch über die Verwaltung der Beiträge bestimmen.

Wir wollen mehr Lebensqualität für die OberöreicherInnen, dazu müssen wir in die Pflege und in das Gesundheitswesen investieren:

- Es braucht in Oberösterreich einen massiven Ausbau sowie die Individualisierung des Angebots für Pflegebedürftige, maßgeschneidert auf die Bedürfnisse der Betroffenen und Angehörigen.
- Wir fordern eine Verbesserung der Arbeitsverhältnisse des Pflegepersonals mit einer 35-Stunden Woche bei vollem Lohnausgleich sowie einer sechsten Urlaubswoche ab dem 40. Lebensjahr oder nach mehr als 15 Dienstjahren.
- Eine öffentliche Finanzierung der Pflege, durch die Einführung einer Super-Reichen Steuer mit Erbschafts- und Vermögenssteuer ab einer Million Euro.
- Im Gesundheitswesen benötigen wir endlich einen Risikoausgleich zwischen den noch bestehenden Krankenkassen und Krankenfürsorge-Anstalten
- In der ÖGK verlangen wir die Wiederherstellung der korrekten Mehrheitsverhältnisse
- Der größere Solidarhebel der konzentrierten Kassen muss zu einer Leistungsharmonisierung nach oben für alle Versicherten führen.
- Alle Selbstbehalte müssen gestrichen werden.
-

- Um den Ärztemangel in ländlichen Regionen anzugehen, fordern wir ein LandärztInnen-Stipendium, um offene Stellen rasch besetzen zu können.
- Es braucht mehr Ausbildungsplätze für Fachärzte und Pflegepersonal in Oberösterreich, damit wir dringend benötigtes Pflegepersonal vor Ort ausbilden können.

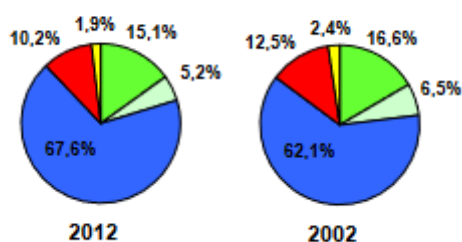
In den öffentlichen Verkehr investieren, statt Mobilität zu blockieren

Mobilität ist ein Kernthema der modernen Gesellschaft. Fast die Hälfte aller berufstätigen OberösterreicherInnen pendelt täglich über die eigene Gemeindegrenze hinaus in die Arbeit. Die durchschnittliche Pendeldauer beträgt dabei in der Regel eine Stunde pro Tag, bei vielen PendlerInnen auch deutlich mehr. Für über 60% der OberösterreicherInnen ist dabei das Auto erste Wahl für die Bewältigung der täglichen Wege. Das führt nicht nur zu vielen Staus mit allen negativen Folgewirkungen, sondern auch zu einer wachsenden Umweltbelastung, die die Lebensqualität und Gesundheit der Menschen beeinträchtigt. Es ist also hoch an der Zeit in den öffentlichen Verkehr zu investieren, um für mehr Bewegungsfreiheit und eine bessere Umwelt zu sorgen.

Dabei ist klar, dass öffentlicher Verkehr dann angenommen wird, wenn er eine echte Alternative zum Auto darstellt. Deshalb brauchen wir einen Halbstundentakt von 5 bis 24 Uhr und das muss auch für die ländlichen Regionen gelten. Gemeinsam mit dem von der SPÖ geforderten 1-2-3 Klimaticket wäre das ein weiterer An Schub für noch mehr Bus- und Bahnfahren in Oberösterreich. Denn durch gut ausgebauten öffentlichen Verkehrsmittel und leistbare Angebote wird die Mobilität und damit gleichzeitig die Freiheit der Menschen erhöht.

Verkehrsmittelanteile der Wege relativ					
	Prozent	ohne KA	ohne KA	ohne KA	
1 keine Angabe					
2 zu Fuß	Prozent	15,1%	16,6%	21,6%	+5,6%
3 Fahrrad	Prozent	5,2%	6,5%	6,9%	-7,1%
4 mot. Individualverkehr IV	Prozent	67,6%	62,1%	55,0%	+26,2%
5 öffentlicher Verkehr ÖV	Prozent	10,2%	12,5%	14,2%	-4,9%
6 Mischformen IV - ÖV	Prozent	1,9%	2,4%	2,3%	-7,9%

Verkehrsmittel-
anteile der Wege



Investieren wir also in die Trendwende im Verkehr. Bis zum Jahr 2025 sollen 40 Prozent des Gesamtverkehrsaufkommens durch die Verkehrsmittel des sogenannten Umweltverbundes, also zu Fuß, per Rad oder durch öffentliche Verkehrsmittel zurückgelegt werden. Die SPÖ OÖ stellt sich der Herausforderung den öffentlichen Verkehr wie auch Möglichkeiten des Mischverkehrs in der Fläche auszubauen.

Wir fordern für Oberösterreich:

- Trendwende im Verkehr. Bis 2025 den Anteil des motorisierten Individualverkehrs auf unter 60% senken.
- Elektrifizierung und Ausbau der Nebenbahnen in Oberösterreich
- Halbstundentakt von Bus und 15 Minutentakt auf der S-Bahn zwischen 5 und 24 Uhr,
- Jede Gemeinde in Oberösterreich benötigt mindestens 64 ein- und ausfahrende Verbindungen mit dem öffentlichen Verkehr über den Tag verteilt.
- 365 Euro Klimaticket für alle Verkehrsmittel in Oberösterreich und Ausdehnung des Jugendtickets auch auf Studierende
- Eine zusätzliche Öffi Milliarde für Oberösterreich

Für leistbare Mieten in den öffentlichen und gemeinnützigen Wohnbau investieren

Wohnen ist und wird extrem teuer! Daten der Statistik Austria Daten zeigen, dass die Mieten auch im Jahr 2019 wieder mit +3,3% mehr als doppelt so schnell wie die allgemeine Teuerung mit +1,4% steigen. Das treibt ältere Menschen mit geringeren Pensionen in die Altersarmut und lässt junge Leute auf Wohnungssuche verzweifeln. Mehr als ein Viertel der Bevölkerung muss mehr als die Hälfte des Einkommens allein fürs Wohnen ausgeben. Da bleibt nur mehr wenig zum Leben.

Um diese Mietpreisexplosion zu stoppen ist eine gerechte Mietpreisbremse notwendig, die dafür sorgt, dass Mieten nicht mehr stärker als die allgemeine Teuerung steigen dürfen. Ergänzend zur Mietpreisbremse braucht Österreich eine sozial gerechte Mietrechtsreform und eine gemeinnützige Mietwohnbau-Offensive.

Auch Oberösterreich muss handeln

Die stark steigenden Mieten sorgen auch in Oberösterreich dafür, dass immer mehr Mietwohnungen die 7-Euro-Grenze pro Quadratmeter überschreiten. Für diese Wohnungen können Mieterinnen und Mieter gar keine Wohnbeihilfe mehr beantragen – selbst wenn sie diese dringend brauchen würden. Darüber hinaus sind die Auflagen für Sprachkenntnisse im Wohnbauförderungsgesetz diskriminierend und widersprechen dem Europarecht. Betroffen sind zum Großteil alte und kranke Menschen, die unter anderem seit Jahrzehnten bei uns leben, arbeiten und Steuern zahlen. Hier zeigt sich die ungerechte Politik der schwarz-blauen Regierung in Oberösterreich. Viele Mieterinnen und Mietern werden vom Zugang zur Wohnbeihilfe ausgesperrt.

Es braucht dringend mehr leistbaren Wohnraum in Oberösterreich. Gerade für Menschen in sozial schwierigen Situationen wie AlleinerzieherInnen oder Jungen, die den ersten Schritt in ein eigenständiges Leben setzen wollen. Es geht uns um das Grundrecht Wohnen, das allen Menschen zugänglich sein muss.

Daher fordert die SPÖ Oberösterreich:

- Eine Mietpreisobergrenze, um das ständige Davonlaufen der Mietpreise gegenüber der allgemeinen Teuerung und der Löhne zu beenden.
- Ein faires Universalmietrecht das MieterInnen Sicherheit gibt und alle Mietwohnungen am privaten Wohnungsmarkt umfasst.
- Eine verbesserte Wohnbeihilfe, die nicht diskriminiert und die unterstützt die die Hilfe am Notwendigsten brauchen.
- Eine Wohnbauoffensive im öffentlichen und gemeinnützigen Bereich, um gerade auch im oberösterreichischen Zentralraum ausreichend leistbaren Wohnraum zu schaffen.
- Die landesweite Umsetzung des Erfolgsprojekts „5x5 Junges Wohnen“, damit wir jungen Menschen den ersten Schritt in ein eigenständiges Leben leichter machen.